

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1922

6.9.1922 (No. 207)

Expedition: Karlsruher-Str. 14, Fernsprecher: Nr. 953 und 954, Postfachkonto Karlsruhe Nr. 3515.

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: Chefredakteur C. A. n. d. Karlsruhe.

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert für September 105 M. — Einzelnummer 4 M. — Anzeigengebühr: 6 M für 1 mm Höhe und ein Siebenteil Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreter Rabatt, der als Kasierabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruher-Str. 14 zu senden und werden in Bereinigung mit dem Anzeigenpreis berechnet. Bei Klagerhebung, zwangsweiser Beitreibung und Konturverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

* Nachklänge zum Katholikentag.

Gewisse Reden auf dem Münchener Katholikentag, vor allem die beiden ersten Ansprachen des Erzbischofs Faulhaber, haben in der Öffentlichkeit ein Aufsehen erregt, das gerade der am meisten bedauern wird, der von dem hohen Wert dieser Tagungen überzeugt ist. Auch wir, die wir die Bedeutung der Kirche und der Religion für den Wiederaufbau unseres Volkes außerordentlich hoch einschätzen, können diese rednerischen Entgleisungen nur bedauern. Im Kampf um die moralische Wiedergeburt unseres Volkes, im Kampf um die Festigung der neuen Staatsidee gibt es keinen besseren und würdigeren Bundesgenossen als die Kirche.

Gerade der neue Staat mit seiner demokratischen Grundlage und mit seinem sozialen Programm marschiert mit der Kirche in vielen entscheidenden Fragen den gleichen Weg. Wahre Sozialpolitik ist ohne Christentum und Kirche nicht denkbar, genau so, wie Christentum und Kirche ihrerseits nicht ohne soziale Betätigung denkbar sind. Rein praktisch aber hat es der neue Staat vom ersten Tage seines Entstehens an verstanden, auch mit der katholischen Kirche enge und freundliche Beziehungen anzubahnen. Und wir können uns deshalb eine innerliche Wiedergeburt unseres Volkes nur denken auf der Basis eines Bündnisses aller der großen Mächte und Korporationen, die gemeinsam ausgesprochen sittliche Ziele verfolgen. Der neue Staat und die Kirche sind solche Organisationen.

Es ist klar, daß man von diesem Standpunkt aus die ersten, zweifellos für die neue Staatsidee schädlichen Reden des Erzbischofs Faulhaber tief beklagen muß. Doch möchten wir ihre Wirkung auch nicht überschätzen. Zunächst hat der Erzbischof selber in seiner Schlussansprache Worte gefunden, die eigentlich eine Art Desabouierung seiner selbst enthalten. Und ferner haben zwei maßgebende Führer des Volksvereins für das katholische Deutschland, Professor Mausbach und Oberbürgermeister Adenauer, den neuen Staat in so warmherziger und gleichzeitig so tatkraftvoller Weise verteidigt, daß man damit wohl zufrieden sein kann. Drittens aber — und das scheint uns die Hauptsache zu sein — darf nicht außer acht gelassen werden, daß die Tagung ja in München stattgefunden hat. Der genius loci ist die Erklärung für die stellenweise peinlichen Beobachtungen, die der auf dem Boden des neuen Staates stehende Teilnehmer zu machen hatte.

In jeder anderen, größeren Stadt des Reiches wäre der Katholikentag anders, und zwar in einem für den neuen Staat vorteilhafteren Sinne verlaufen. Dort in München aber stellten natürlich die der Bayerischen Volkspartei angehörenden Teile der altbayerischen Bevölkerung das Hauptkontingent der Besucher. Und es ist ohne weiteres begreiflich, daß der Geist und die Anschauungen dieser Teile bei allen Kundgebungen dominierten. Daraus Schlüsse auf die Anschauungen der deutschen Katholiken in ihrer Gesamtheit zu ziehen, ist nicht nur voreilig, sondern geradezu falsch. Man kann aus den Vorgängen höchstens wieder entnehmen, daß München seine ganz besonderen Eigenarten hat, Eigenarten, die für eine ruhige und zielbewußte Entwicklung unserer inneren Politik, für eine Veseitigung der Gegensätze und für die Verbreitung der Idee einer friedlichen Solidarität aller deutschen Volksgenossen wenig förderlich zu sein scheinen.

Daß der Münchener Geist über der Tagung waltete (und nach Lage der Dinge walten mußte), erklärt auch die jetzt von dem Adolfszeller Zentrumsblatt, der „Freien Stimme“, festgenagelte Tatsache, daß man auf dem Katholikentag in München kein einziges Wort für den, gerade jetzt im heftigsten Sturm kämpfenden katholischen und aus Süddeutschland stammenden Reichskanzler Dr. Brüning gefunden hat; nicht einmal eine kurze Depesche sei an ihn abgejagt worden. Auch von Erzberger, der doch ein anerkannter Führer der deutschen Katholiken gewesen sei, habe man auf dem Münchener Katholikentag nicht mehr gesprochen.

Wir können, obwohl wir keiner einzelnen Partei, sondern dem Staat als solchem und seinen allgemeinen Interessen dienen, die Gefühle wohl verstehen, die den Verfasser dieses Artikels besetzten. Wenn heute jemand Zustimmung und freundliche Unterstützung von seinen Freunden gebraucht, so ist es wahrlich Dr. Brüning, der zurzeit den schwersten Kampf für die Existenz seines Landes zu

kämpfen hat, den schwersten Kampf, der je einem führenden Staatsmann auferlegt war. Sicherlich wird der nächste Katholikentag, der ja nicht wieder in München abgehalten werden wird, auch in diesem Punkte das gutmachen, was dort verfaumt worden ist.

* Düringer.

Der Landesausschuß der Deutschen Nationalen Volkspartei Badens hat einstimmig beschlossen, Herrn Düringer aufzufordern, sein Amt als Landesvorsitzender der Deutschen Nationalen Volkspartei und sein Reichstagsmandat niederzulegen, da er das Vertrauen seiner Partei nicht mehr besitzt.

Das war so ziemlich die schroffste Form, in der eine von allen guten Geistern verlassene Partei einen ihrer besten Männer hinauswerfen konnte. Die Vorgeschichte des Konflikts ist bekannt. Düringer hat als ein konservativer alter Schläger die verhängnisvolle von dem deutschvölkischen Flügel beeinflusste Politik seiner Partei erst lebhaft kritisiert, dann nicht mehr mitmachen wollen und ist schließlich, als er für seine Ansichten bei der Parteitagung nur geringes Verständnis fand, aus der Reichstagsfraktion ausgetreten.

Innerlich hat er dabei wohl gedacht, daß seine badischen Parteigenossen und Freunde vernünftiger denken würden, als die Parteileitung in Berlin. Und so hat er darauf verzichtet, freiwillig sein Amt als Landesvorsitzender niederzulegen, sondern das Votum des Landesausschusses abgewartet, zweifellos in der Annahme, daß dieser sich in irgend einer Form hinter ihn stellen werde. Allerdings wäre eine solche Stellungnahme gleichbedeutend gewesen mit einem inneren Parteikonflikt. Ein solcher Parteikonflikt muß aber offenbar nach Düringers Meinung sowieso kommen. Und es ist nur die Frage, wie sich die einzelnen Landesorganisationen dabei verhalten werden.

Nun, die badischen Deutschen Nationalen sind schon vorher der Möglichkeit eines solchen Konflikts ausgewichen, indem sie Düringer preisgaben. Sie haben damit bekundet, daß sie von den Anschauungen dieses klugen und maßvollen, gerecht und sozial empfindenden Konservativen nichts wissen wollen, daß sie lieber jener extremen Richtung folgen, die nachwievor in der Vergrößerung der Gegensätze, in der parteipolitischen Verbeugung des Volkes ihre Hauptaufgabe erblickt. Der Schlag, den der Landesausschuß der badischen Deutschen Nationalen gegen Düringer geführt hat, trifft faktisch zunächst ihn, moralisch aber die Partei. Er kommt, von höherer Warte aus betrachtet, einem Nichtspruch gleich, den die Partei, natürlich ohne es zu wollen, gegen sich selbst gefällt hat!

Wiederaufbauvertrag Stinnes und de Lubersac.

Der Vertrag ist, laut „Reich. Ztg.“, am 14. August d. J. auf der Heimburg bei Niederheimbach a. Rh. vereinbart und am 30. August in Paris durch den Marquis de Lubersac und am 4. September in Berlin durch Herrn Stinnes unterzeichnet worden. Der Vertragstext erwähnt in seiner Einleitung, daß Herr de Lubersac die besonders kritische Lage auseinandergesetzt, in der sich noch heute die abwechselnd französischen Gebieten in den zerstörten Gebieten befänden, und den beschwichtigenden Einfluß auf die deutsch-französischen Beziehungen hervorgehoben habe, der aus einer wirksamen Mitarbeit Deutschlands an dem Wiederaufbau der zerstörten Gebiete sich ergeben würde. Herr Hugo Stinnes, so heißt es weiter, habe die Gesichtspunkte des Herrn de Lubersac zu den seinigen gemacht und, um diesen Wunsch nach einer Förderung des Wiederaufbaus zu dokumentieren, mit Herrn de Lubersac den Vertrag abgeschlossen.

Der Vertrag gründet sich, wie sein 10. Artikel bestimmt, auf die Abkommen von Wiesbaden und Berlin (Gilletabkommen). Alle Einzelverträge, die nach dem Aufbaufabkommen geschlossen werden, sollen den Bedingungen der beiden genannten Verträge entsprechend ausgeführt werden, und die Dauer des gan-

Die Spitzenorganisationen zur Abwehr der Teuerung.

Neuregelung des Reparationsproblems. — Bekämpfung des Wuchers. — Wiedereinführung der Zwangswirtschaft? — Getreidewirtschaft. — Die Gefahr der fremden Währung.

Einem Briv.-Tel. der „Neuen Bad. Landesztg.“ zufolge, fand vorgestern eine neue Aussprache zwischen dem Reichskanzler und den Spitzenorganisationen der Gewerkschaften über die von der Regierung zur Abwehr der Teuerung getroffenen Maßnahmen statt. Anwesend waren Vertreter des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, des Deutschen Gewerkschaftsbundes, der Afa und des Gewerkschaftsrings. Der Reichskanzler gab zunächst eine Darstellung der politischen Lage und sprach die Hoffnung aus, daß die Verhandlungen mit den belgischen Delegierten ein günstiges Ergebnis bringen würden. Er würde jedoch keineswegs seine Hand dazu geben, daß aus dem mageren Goldschatz der Reichsbank namhafte Beträge hergegeben würden. Das wichtigste sei nach wie vor die Neuregelung des Reparationsproblems und er habe nicht unbegründete Hoffnung, daß Amerika in dieser Frage jetzt aktiver als bisher eingreifen werde.

Dr. Brüning erklärte sich besonders befriedigt darüber, daß die großen Gewerkschaften die Bedeutung der außerpolitischen Fragen im Interesse des Landes zu würdigen verstanden und auf ihre Mitglieder dahin einwirkten, daß auch in den Kreisen der Arbeiterschaft volles Verständnis für die aus dem Versailles-Vertrag sich ergebenden Notwendigkeiten erweckt werde. Die Abordnung wünschte, daß die Regierung in der Bekämpfung des Wuchers und der allgemeinen Mollate schneller und intensiver arbeiten möge als bisher. Es wurde auf die in den letzten Tagen deutlich hervorgetretene Absicht der Kommunisten hingewiesen, die geeignet sei, die Bewirtung in einem dem Glende preisgegebenen Volke zu verzögern. Die Erhöhung des Preises für Umlagegetreide sei für die arbeitende Bevölkerung untragbar.

Dr. Brüning erwiderte, daß sich das Kabinett morgen mit der Ausführung der Wuchererordnungen beschäftigen werde. Ein Gewerkschaftsvertreter bezeichnete es als wünschenswert, daß die Regierung den freien Warenverkehr nicht nur bezüglich des Devisenhandels, sondern auch bezüglich des Produktionshandels einschränke. Die Überfremdung der deutschen Industrie mit ausländischem Kapital bedeute eine große Gefahr, der man nach Möglichkeit entgegenwirken müsse. Ferner würden Maßnahmen gegen Auswüchse im Versicherungswesen verlangt und ein Beispiel angeführt, daß Fortschritt durch die Versicherung um 270 Prozent in die Höhe getrieben wurde. Dr. Brüning erwiderte, daß auch die staatliche Fortschritt sich der Geldwertverwertung anpassen müsse, zumal die Erats der Länder fast auf der Fortschritt basierten. Die Arbeiterschaft könne schon jetzt durch ihre Vertretung in den Parlamenten eine Kontrolle der Politik ausüben. Wenn sich im Ganzen jetzt stimmige Auswüchse zeigten, so sei das der Gegen der freien Wirtschaft, nach der alles gerufen habe.

Die Erörterungen über die vom Allgemeinen Gewerkschaftsbund gewünschte Wiedereinführung der Zwangswirtschaft waren sehr eingehend. Für sehr viele Gebiete wurde die

Zwangswirtschaft verlangt und im Gegensatz zu der Ansicht des Reichskanzlers, der früher geäußert hatte, daß die gesunkene Moral des Volkes eine Wiedereinführung der Zwangswirtschaft nicht ratsam erscheinen lasse, erklärt, daß dies sehr wohl durchführbar sei. Der Kanzler erwiderte, daß die Frage einer Wiedereinführung der Zwangswirtschaft auf allen Gebieten nicht allgemein erörtert werden könne. Man müsse von Fall zu Fall, wie etwa bei Zucker, Kartoffeln und Getreide, die Möglichkeiten dafür oder dagegen genau abwägen.

In der Getreidewirtschaft beständen z. B. große Schwierigkeiten. Ein Mittel, das gesamte produzierte Getreide zu erfassen, gäbe es überhaupt nicht. Aus diesem Grunde sei es auch schwer, bei den jetzigen Preisen für Umlagegetreide zu bleiben, da sonst die notwendigen Mengen vielleicht nicht abgedeckt werden könnten. Der Reichsernährungsminister habe Verhandlungen mit allen in Frage kommenden Kreisen aufgenommen. Die Regierung wolle an ausländischem Getreide heranzukommen, was sich mit den Finanzen nur irgendwie vereinbaren lasse. Das sei um so notwendiger, als sich diesmal nur eine Mittelernate ergäbe. Für die Perfitransporte sei alles Menschennögliche vorbereitet. Die Regierung sei bemüht, den Beamten und Arbeitern durch Vorschüsse bei der Verjorgung für den Winter nach Kräften zu helfen.

Die Industrie und die Organisationen dürften nun nicht etwa durch Aufkäufe preissteigernd auf die Marktlage einwirken. Ferner wurde gewünscht, daß die Regierung an Mittel denken möge, den Verfall der Währung zu verhindern. Dr. Brüning erwiderte, daß die Voraussetzung für eine Währungsstabilisierung in erster Linie eine Auslandsanleihe sei; dies wieder mache eine vernünftige Lösung des Reparationsproblems zur Vorbedingung. Leider könne Deutschland bezüglich der Anleihe den Geldgebern keine Bedingungen machen, sondern müsse die Forderungen der anderen Partei auf sich nehmen. Eine Grundbedingung für die Gewährung der Anleihe sei die Sanierung des Budgets und rationaler Betrieb bei Eisenbahn und Post. Es sei aber nicht rational, wenn die Eisenbahn, um ihre Lokomotiven unter Dampf zu halten, wie im letzten Monat, gezwungen sei, für 10 Millionen Mark englische Stoffe zu kaufen. Sodann wurde empfohlen, durch geeignete Preisinformationen eine geschlosseneren Haltung in außerpolitischen Fragen zu erzielen.

Eine große Gefahr sei es, daß jetzt auch der Kleinhandel anfangs, nur noch gegen fremde Währung zu verkaufen. Wenn das nicht geändert werden könne, müssen die Gewerkschaften auch für die Arbeiter Geldlöhne verlangen. Hieran antwortete Dr. Brüning, daß Deutschland nicht so viel Papiergeld drucken könne, als in diesem Falle notwendig wäre.

Zur Raufe der Woche soll eine neue Zusammenkunft stattfinden, zu der auch der Reichswirtschafts- und der Reichsarbeitsminister hinzugezogen werden sollen.

gen Wiederaufbauvertrages soll der der beiden Abkommen von Wiesbaden und Berlin (Gillietabkommen) entsprechen. Die beiden Kontrahenten haben sich (Artikel 12) verpflichtet, die Vereinbarungen über ihre gegenseitigen Erklärungen ihren Regierungen mitzuteilen. Der Vertrag gilt nach Artikel 13 vorbehaltlich der Genehmigung des Verwaltungsrates der Confédération des Coopératives.

Der Inhalt des Vertrages ergibt sich aus den ersten Artikeln, die folgenden Wortlaut haben:

1. Herr Hugo Stinnes schlägt vor und Herr de Luberac akzeptiert als Vermittlungsstelle für die Ausführung der Sachlieferungen die „Alliengemeinschaft für Hoch- und Tiefbau“ in Effen gemäß den Abkommen von Wiesbaden und Berlin. Herr Hugo Stinnes hat die „Hoch und Tief“ für die Verhandlungen mit der Confédération des Coopératives vorgeschlagen, da diese Gesellschaft besonders in dem Aufbaumwesen erfahren ist und unmittelbare Beziehungen zu der deutschen Industrie hat, die für den Aufbau in Frage kommt.

2. Die „Hoch und Tief“ ist berechtigt, für die allgemeinen Ankoften und den Nutzen einen Aufschlag zu berechnen, der in keinem Fall 6 Prozent desjenigen Preises übersteigen darf, den sie in Deutschland für die gelieferten Waren bezahlt hat. Der Betrag dieses Aufschlages wird in die Summe mit einbezogen, die Deutschland für die tatsächlichen Sachlieferungen gutgeschrieben wird.

3. In dieser Summe, die Deutschland gutgeschrieben wird, sollen ebenfalls die etwaigen Kosten einbezogen sein, die aus den Leistungen entstammen, die zwecks Finanzierung dieser Verträge durch die „Hoch und Tief“ mit einem Bankensyndikat unter Führung der Dresdner Bank vereinbart werden. Herr de Herbemont, Präsident der Union des Coopératives de Montmédy, hat bei Beginn dieser Verhandlungen sich mit der Dresdner Bank in Verbindung gesetzt.

Nach Artikel 5 sollen die Materialien durch die „Hoch und Tiefbau-A.G.“ geprüft werden, die Confédération soll in der Prüfungskommission vertreten sein mit dem Recht, die Materialien anzunehmen oder abzulehnen. Die in Deutschland geprüften und angenommenen Materialien dürfen in Frankreich nicht zurückgewiesen werden. Wichtig ist Artikel 6, der die Verteilung der Lieferungen in Deutschland betrifft. Er bestimmt:

Die „Hoch und Tief“ wird unter ihrer Verantwortung die Bestellungen gemäß den bestehenden Vorschriften der deutschen Regierung erteilen. Die „Hoch und Tief“ verpflichtet sich, Bestellungen an solche deutschen Firmen zu geben, die die Confédération präsentieren wird unter dem Vorbehalt der Prüfung und Abnahme in Punktio Beschaffenheit und Preis. In Anbetracht des außerordentlichen Anlaufes der Lieferungen behält sich die „Hoch und Tief“ das Recht vor, sich unter ihrer Verantwortung mit anderen deutschen Firmen zusammenzusetzen, die im Wiederaufbaumwesen besonders erfahren sind.

Artikel 7 betrifft die Möglichkeit der etwaigen Freigabe von Reparationsstoffe zur Herstellung von Wiederaufbaumaterial. Hier heißt es:

Herr Stinnes erklärt, daß es zur verstärkten Lieferung von Baumaterialien wie Zement, Ziegelsteinen, Kalk, Dachziegel usw. nötig sei, daß ein bestimmter Prozentsatz der monatlich von Deutschland an Frankreich zu liefernden Kohlenmengen freigegeben werde, ein Prozentsatz, der dem für die Rohstoffe dieser Materialien unbedingt nötigen Verbrauch entspricht. Die Verteilung dieser Kohlen auf die verschiedenen Betriebe wird Sache der Firma Hugo Stinnes in Verbindung mit dem Rheinisch-Westfälischen Kohlenhandelsrat sein. Herr Hugo Stinnes verpflichtet sich, gemeinsam mit diesem Syndikat darüber zu machen, daß die freigegebene Kohlenmenge ausschließlich für die Verstärkung der Erzeugung der Sachlieferungen Verwendung finde. Seine Kommission wird gemeinschaftlich die Kohlenverbrauchsquoten für die Erzeugung der Materialien festsetzen. Herr de Luberac erklärt, daß Voraussetzung für die wirksame Durchführung der Sachlieferungen ist, daß der Preis der deutschen Materialien für die zerstörten Gebiete auf keinen Fall den der entsprechenden vom französischen Markt gelieferten Materialien übersteigen darf, da die Kriegsschädigung der französischen Geschädigten demgemäß festgestellt worden sei.

Eingehend wird die Preisgestaltung in den Artikeln 8 und 9 behandelt. Sie bestimmen folgendes:

8. Wenn die Verträge zu festen Preisen geschlossen worden sind, sind beide Parteien zur Abwicklung verpflichtet. Wenn Verträge zu gleitenden Preisen abgeschlossen sind, hat die Confédération das Recht, die Annahme der Materialien zu verweigern, wenn der Preis zur Zeit der Ablieferung franco Bestimmungsbahnhof der zerstörten Gebiete höher ist als der Preis der entsprechenden Materialien des französischen Marktes. Der deutsche Lieferant hat aber das Recht, in den Preis einzutreten. Wenn die Verträge zu festen Preisen abgeschlossen werden, legt die Confédération Wert darauf, daß sie auf französische Papiertrafen lauten.

9. Es herrscht Einverständnis, daß dieses Abkommen nur unter der Voraussetzung gilt, daß die deutschen Warenlieferungen unter dem Titel „Sachlieferungen“ nach dem französischen Mindestzoll verzollt werden. Die Confédération verpflichtet sich, im Falle einer Erhöhung des Zollfußes für die vor dieser Erhöhung eingegangenen Verträge den Preisunterschied zu ihren Lasten zu nehmen.

Zum Schluß wird noch in Artikel 11 bestimmt, daß infolge von Schwierigkeiten bei der Ausführung des Vertrages oder im Falle höherer Gewalt die Vertragskontrahenten sich alsbald über die zu ergreifenden Maßnahmen zu verständigen haben.

Die Lebensmittelversorgung.

Man schreibt uns aus Berlin: Wir erleben dieser Tage, daß für die Preisbildung auf dem Lebensmittelmarkt infolge unserer Abhängigkeit von der Auslandszufuhr die einheimischen Ernteausichten längst nicht die Rolle spielen, wie der Stand des Dollars und die Bewertung der War. Wir sind heute so weit, daß wir uns einen Lebensmittelimport größeren Umfangs im Augenblick nicht leisten können. Von einer Ernährungskrisis kann aber darum doch nicht die Rede sein. Die Reichsgetreidekasse ist nach eigenen Angaben bis zum 31. Oktober mit den für die Belieferung der Vorkräften nötigen Borräten eingedeckt und trägt bereits wieder neue Vorratskäufe. Es zeigt sich auch, daß von der ungewöhnlich guten Regenernte des Vorjahres noch Vorräte vorhanden sind, so daß der späte Beginn der neuen Regenernte ertragen werden kann. Es wird sich aber nicht umgehen lassen, unsere Brotversorgung wieder mehr auf den Roggen abzustellen, um dadurch einen Teil der teuren Weizeneinfuhr zu ersparen. Das wäre eine Notmaßnahme, aber eine Notmaßnahme, zu der sich sogar das reiche Dänemark im Kriege entschließen mußte. In gewisser Beziehung wird auch die Kartoffelernte Ersatz schaffen müssen. Ganz ohne ausländische Zufuhr wird es natürlich nicht gehen. Ein Teil der notwendigen Einfuhr aus Weizengetreide und Fleisch ist aber schon mit Hilfe eines holländisch-argentinischen Konjunktums gesichert, zum Teil sind

he bereits getätigt. Im Getreidegeschäft aus Polen zu er-möglichen, sind eben Wirtschaftsverhandlungen in Warschau im Gange. Nebenbei bleibt jedoch der Ausfall an Fleisch und tierischen Produkten, vor allem der Rückgang der Milchzeugung.

Voraussetzungen über die künftige Preisgestaltung auf dem Lebensmittelmarkt sind bei der gegenwärtigen Volatilitätstrophe mühsig. Allerdings darf man nicht vergessen, daß bei einigermaßen befriedigender Gesamternte das jetzt einsehende erhöhte Angebot auf dem inländischen Markte, das durch die Geldbedürftigkeit der Landwirtschaft für die nächsten Monate wohl noch gesteigert werden dürfte, einen gewissen Druck ausüben wird; wenn nur nicht wieder eine Panik-epidemie sich des großen Publikums bemächtigt, für die leider schon Anzeichen vorliegen, und die dann der Spekulation Tor und Tür öffnet. Der Landwirtschaft selbst würden solch-erart künstlich überhöhte Preise letzten Endes nicht einmal zu gute kommen.

Darum ist es zu begrüßen, daß die maßgebenden Stellen ernst machen wollen mit der Einschränkung des freilich höchst vorsichtig zu beurteilenden Luxusanstums. Das ist eine Forderung, die das ganze Volk in dieser Notzeit einseitig stellt, der jeder verantwortungsbewußte Volkswirt zustimmen muß. Offenbar bleibt dieses Vorgehen gegen den Luxus nicht nur beschränkt auf Stilllegung einiger Fabriken und Einschränkung der Zuzerzuweisungen an diese. Es muß grundsätzlich und endgültig jede überflüssige Luxus- und Schundeinfuhr unterbunden werden.

Es bleibt dann noch die gerade jetzt zum Herbst brennendste Aufgabe der Verkehrsregelung, der Zufuhr der Lebensmittel zu den Verbrauchsgebieten zu lösen. Wir wissen, daß daran die Lebensmittelversorgung im letzten Herbst und Winter fränkte und darunter auch die diesjährige Ernte gelitten hat. Es ist zu hoffen, daß nach den im Reichsverkehrsministerium und Reichsernährungsministerium geführten Verhandlungen mit allen beteiligten Kreisen die Verkehrsnot diesmal die Nahrungsmittelzufuhr nicht zu sehr erschweren wird.

Alles in allem, eine Ernährungs- oder gar Hungersnot, wie viele Schwarzgeier prophezeien, sind allem menschlichen Ermessen nach nicht zu befürchten.

Politische Neuigkeiten.

Eine neue Rede des Gouverneurs Cox.

London, 2. Sept. Bei einem Bankett der amerikanischen Gesellschaft zu Ehren des früheren demokratischen Präsidentschaftskandidaten Cox richtete dieser einen neuen Appell an sein Land, Europa zu Hilfe zu kommen. Die beste Begründung für seine Mahnung ist die katastrophale wirtschaftliche Lage Österreichs und Deutschlands, die Cox seinen Zuhörern anschaulich schilderte. Für Deutschland besonders interessant ist die offene, nachdrückliche Art, in der Cox für die Unterstützung der gegenwärtigen deutschen Regierung eintrat. Er erklärte, daß seine zwei Männer gewissenhafter seien bei der Erfüllung ihrer Aufgabe als Ebert und Wirth. Cox ist überzeugt, daß diese beiden Männer den Fortbestand der demokratischen Institutionen wünschen und daß sie von der Rückkehr der Monarchie ebenso wenig etwas wissen wollten wie Amerika oder England. Es sei darum ein wesentliches Erfordernis für die ruhige Fortentwicklung in der Welt, daß die Vereinigten Staaten, zu Frankreich und England bezügliche Beziehungen unterhalten und die Notwendigkeit, die aufrichtig demokratische Regierung Deutschlands zu stützen, anerkennen. In diesem Zusammenhang erwähnte er noch, daß Cox für den endlichen Abschluß eines amerikanisch-französisch-englischen Garantiepakt eintrat, weil dadurch die Rheinlandsicherung überflüssig werde und weil ohne diesen Pakt mit Frankreich nicht über die Abrüstung zu Lande verhandelt werden könne.

Die Interessen der französischen Schwerindustrie.

Die „Neue Züricher Zeitung“ schreibt: Das Gellüst Frankreich nach dem Rheingebiet ist Jahrhunderte alt und dokumentierte sich ebenso unter den Ludwigs wie unter den Napoleonen, während die Begierde auf das rechtsrheinische Rheingebiet erst neuerlich hinzutrat, gewekt durch die enorme Entwicklung der Schwerindustrie in der Nordwestecke des europäischen Festlandes.

Poincaré ist nicht bloß außerhalb der Zeit seiner Minister-tätigkeit der politische Vertrauensmann und juristische Berater der metallurgischen Großindustrie Frankreichs. Diese seine Stellung ist absolut kein Geheimnis, eher umgekehrt, daß die französische Schwerindustrie drängt, sich des Gebiets der Ruhrkohle zu bemächtigen, weil dieselbe wegen ihrer besonderen Eigenschaften zur Verhüttung französisch-lothringischer Erze nicht entbehrt werden kann, während die Saarkohle wenig dazu taugt. Eine Zusammenfassung der räumlich nahe beieinander liegenden französischen, belgischen und rheinisch-westfälischen Kohlen- und Eisenindustrie würde sich unter französischer Oberleitung und Kontrolle zu einer gigantischen Wirtschaftsmacht Frankreichs gestalten lassen, verfrachtet durch die bereits erworbenen französischen Einflüsse in den gleichen Industrien auf polnischem und tschechischem Boden. Diese Wirtschaftsmacht würde neben dem schon vorhandenen militärischen Übergewicht die politische Macht Frankreichs außerordentlich fundamentieren, seinen finanziellen Finanzen woblun und es zu einer europäischen Weltmacht machen.

Dies und die Sorge Englands um die eigene Schwerindustrie sind nach deutscher Meinung die Gründe, welche England vorläufig gegen die französische Penetration des Ruhrgebietes auftreten lassen, aber nicht die Möglichkeit ausschließen, daß England eines Tages sich die Sache anders überlegt und es vorzieht, mit Frankreich „Cartellrecht“ auf Kosten Deutschlands zu machen, da es ein wehrkräftiges Deutschland infolge des Verfallens des Vertrages nicht mehr gibt, das sich von den Engländern als kritischer Landsohdat gegen die Franzosen verwenden ließe.

Poincarés „Beweismittel“.

In seiner Bar-le-Duc-Rede hat Poincaré wieder einmal mit frecher Einn behauptet, daß Deutschland seit dem Waffenstillstand an Wiederaufbaumassnahmen geleistet habe, bedeute ein Nichts, wenn man berücksichtigt, daß Deutschland bei Kriegsende nur eine auswärtige Schuld von ganz unbedeutendem Umfang gehabt habe. Was Deutschland nach dem Waffenstillstand geleistet habe, sei nicht mehr als rund 4 Milliarden Goldmark. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ kommt in ihrer Morgenausgabe vom 2. August d. J. auf diese bezuglich falschen Angaben Poincarés zurück und weist auf Grund einer zahlenmäßigen Aufstellung nach, daß durch direkte und indirekte Leistungen die in Londoner Zahlungsplan mit 132 Milliarden Goldmark festgesetzte deutsche Reparations-schuld eigentlich schon getilgt ist. Herr Poincaré habe aber an-scheinend nicht den Mut, die wirklichen Leistungen Deutschlands

aus dem Friedensvertrag dem französischen Volke vor Augen zu führen. Wir geben aus der Aufstellung der „D. Z.“ folgende Zusammenstellung der deutschen Leistungen wieder:

Direkte Leistungen:	
I. Bar- und Sachleistungen.	
	in Goldmark
1. Reichs- und Staatsbesitz in den abgetretenen Gebieten	5 400 000 000
2. Handelsflotte ohne Amerika-Schiffe	4 400 000 000
3. Rücklagengüter	1 800 000 000
4. Rollendes Eisenbahnmateriale und Ersatzteile, ferner Eisenbahnwagenpark in den Abtretungsgebieten	1 501 000 000
5. Saarkohlen	1 000 000 000
6. Industrielle Maschinen für den Wiederaufbau	871 000 000
7. Kohlen, Koks und Nebenprodukte	692 000 000
8. Tiere	299 000 000
9. Binnen-schiffe, Hafenmateriale, 5 Eisenbahnschiffbrücken über den Rhein, Heberstele	218 000 000
10. Bergverwaltung, Farbstoffe, Schrotteisen, landwirtschaftliche Maschinen und Aktien der amerikanischen Staatsbank	132 000 000

Summe I: Goldmark 16 313 000 000

II. Barleistungen.	
1. Bis 31. Mai 1921: Devisen	150 000 000
Gold der Reichsbank	68 000 000
Kredite	270 000 000
488 000 000	
2. Bis 31. August 1921: Goldmark	15 000 000
Silbermark	58 000 000
Devisen	439 000 000
Außerdem:	87 000 000
599 000 000	
3. 8 Raten zu 31 Millionen Mark	248 000 000
4. 3 Raten zu 50 Millionen Mark	150 000 000
5. 1 Rate zu 33 Millionen Mark	33 000 000
6. 26 Proz. aus dem Recovery Act bis 31. Dezember 1921	36 100 000
7. bis 1. Juni 1922	41 300 000
7. Ausgleichsverfahren: bis nach dem 1. Juni 1922	598 000 000

Summa II: Goldmark 2 193 470 000

III. Indirekte Leistungen:	
14 Milliarden	
IV. Auslandsschäden 815 Milliarden Papiermark	1 036 500 000
V. Kolonialschäden 260 Milliarden Papiermark	
VI. Verlust der deutschen Ansprüche an unsere Kriegsverbündete	7 000 000 000
VII. Deutsches liquidiertes Eigentum im Ausland	11 700 000 000

Insgesamt: Goldmark 38 242 970 000

Die indirekten Leistungen sind, wenn man sie auch zunächst zu Geldsummen nicht abschätzen kann, viel umfassender als die zahlenmäßig erfassbaren Barleistungen und Sachleistungen. Sie umfassen die Sachwerte und die Produktivkraft unserer Kolonien, Elbst-Lothringens, des Saargebietes, Schlesiens, des polnischen Teils Oberschlesiens, Westpreußens, Ostpreußens, Danzigs und des Memelgebietes, den Wert des zungsweise zerstörten deutschen Kriegsmaterials, der Kriegsflotte, der Luftschiffe und Flugzeuge usw., die Verluste durch den Verkauf deutscher Wertpapiere, deutschen Grundbesitzes usw., die dauernden Verluste durch den systematischen Anverkauf Deutschlands durch Ausländer, dauernde Verluste durch die Verminderung der deutschen Produktiv- und Konsumtionskraft infolge der gewaltig angelegenen Steuererhöhungen, laufende Verluste infolge der Wegnahme der Handelsflotte, laufende Verluste durch die Behinderung der freien Erwerbsstätigkeit usw. durch die fremden Besatzungsmächte und andere.

Zum Mord in Oberkassel.

In den frühen Morgenstunden des 1. September sind, wie schon kurz berichtet, in Oberkassel bei Düsseldorf ein belgischer Posten und ein belgischer Sergeant erschossen worden. Die Täter sind noch nicht festgestellt. Bisher sind sieben Personen verhaftet worden.

Die belgische Regierung hat dem General Ruquoy befohlen, in der ganzen Stadt Hausdurchsuchungen abhalten zu lassen. Der belgische Außenminister Jaspard hat den deutschen Geschäftsträger Dr. Landsberg im Namen der belgischen Regierung bei der deutschen Regierung energischen Einspruch einzulegen und Entschuldigungen der deutschen Regierung bei Belgien zu fordern. Weitere Maßnahmen werden vorbehalten. Dem belgischen Oberkommissar in Rheinland und der interalliierten Rheinlandkommission wurde Mitteilung von dem Vorfall gemacht, und diese gebeten, die notwendigen Maßnahmen zum Schutze der belgischen Truppen zu treffen.

Obwohl noch durchaus nicht feststeht, wer die beiden erschossen hat, ob es deutsche oder belgische Zivilisten oder Soldaten der Entente, die untereinander nicht immer in bestem Frieden leben, waren, fühlt sich der belgische Kommandeur doch veranlaßt, verstärkte Maßnahmen zu ergreifen, die nur gegen die deutschen Zivilisten gerichtet sind. Der Plazmajor von Oberkassel hat an den Bürgermeister von Oberkassel, dazu absichtlich an den Plazmajor des Nordabschnitts und an die Delegierten der Rheinlandkommission, geschrieben:

„Ein Verbrechen, das auf Verunsicherung der Besatzungsarmee schließen läßt, hat in der Nacht vom 31. August zum 1. September gegen 3 Uhr morgens an einem Posten vor der „Rheinlust“ und einem Sergeanten, beide von der dritten Kompanie, V. Genie, stattgefunden. Ich beehre mich, deshalb Ihnen von heute an unter Vorbehalt einer anderen vervollständigten Mahregel vorzuschreiben:

1. Von 8 Uhr abends bis 6 Uhr morgens muß jedermann allein gehen und den Bürgersteig verlassen, sobald er auf 50 Meter an einen Wachposten herangekommen ist, und mindestens zwei Meter vom Bürgersteig entfernt bleiben;

2. Jedermann ist zur Kenntnis zu bringen, daß Streifenposten entsandt werden, um sich von der Befolgung der vorgeschriebenen Mahregeln zu überzeugen und um die Herkunft aller Personen festzustellen, die in dem der Verwaltung Oberkassel unterliegenden Bezirk verkehren.“

„Post. Sig.“ erfährt noch: Der Tator ist von belgischem Militär abgesperrt. Selbst die Düsseldorf Polizeibeamten werden nicht herangezogen, so daß sie von den Ermittlungsarbeiten ausgeschlossen sind. Dem Weigernden für Oberkassel, Oberkassel, wurde von der belgischen Besatzungsbehörde eröffnet, falls er bis 6 Uhr abends nicht die Täter nenne, werde er selbst verhaftet werden. Er begab sich um 6 Uhr zum belgischen Kommandanten und ist von diesem Gang nicht mehr zurückgekehrt. Augenzeugen berichten, daß er sofort nach Arrest abtransportiert worden ist. Der Oberbürgermeister hat beim Regierungspräsidenten, dem Reichskommissar und dem Reichsfiskus um Unterstützung in dieser Angelegenheit nachgehakt.

„D. A. Z.“ bemerkt dazu: Es muß abgewartet werden, welche Aufklärung der Vorfall finden wird. Es liegt selbstverständlich in Deutschland eigenem Interesse, daß diese Aufklärung baldigst und so objektiv wie möglich erfolgt. Kritik über kann man aber an den beschriebenen Mahregeln, die ein-joch hinfällig und tödlich sind und ebenso wirken werden.